UWG

Rheda-Wiedenbrück e.V.

Unsere Grundsätze

Werte erhalten – Zukunft gestalten
Machen wir's gemeinsam ...

Die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) Rheda-Wiedenbrück ist eine Vereinigung, die sich um kommunal-politische-Themen kümmert.

Die Kommunalpolitik vor Ort soll frei sein von Parteien- und Fraktionszwang.

Entscheidungen müssen unabhängig getroffen werden, sachgerecht und nachvollziehbar sein.

Rheda-Wiedenbrück soll eine liebenswerte Stadt bleiben. Der individuelle Charme muss in Rheda, Nord-Rheda, Wiedenbrück, Lintel, Batenhorst und St. Vit gefördert werden.

Wir stehen für die Unterstützung der wirklich Bedürftigen. Für Solidarität und Stärkung zur Selbsthilfe.

UWG

Unabhängige Wählergemeinschaft
Rheda-Wiedenbrück e.V.

Finanzen – Ausgabenpolitik

Rheda-Wiedenbrück hat **kein Einnahmeproblem,** sondern Probleme mit der Ausgabenpolitik und zehrt dadurch mindestens seit 2006 ihr Eigenkapital auf, statt bei der guten Einnahmesituation Rücklagen zu bilden.

Deshalb haben wir in den letzten Jahren den Haushaltentwürfen nicht zugestimmt. Wir wollen aber eine Politik, bei der sich die Aufwendungen und Investitionen an den tatsächlichen Erfordernissen und an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt orientieren.

Seit Jahren fordert die UWG, dass die Stadt Flächen und Gebäude verkauft, die nicht für kommunale Aufgaben benötigt werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass z.B. das vor ca. 3 Jahren erworbene Grundstück „Pott-Hartwig" immer noch nicht einer sinnvollen Bebauung zugeführt wurde.

Jetzt wird sich die Stadt verschulden müssen, weil zum Beispiel der längst fällige und sinnvolle Umbau der Schullandschaft erhebliche Mittel erfordert.

Eine neue Stadthalle hat auf Sicht **nicht** die oberste Priorität und kann nicht zusätzlich zu den akuten Pflichtaufgaben finanziert werden. Alternativen dafür sind endlich zu prüfen. Zum Beispiel Sanierung Reethus, A-2 Forum etc.

Steuererhöhungen lehnen wir konsequent ab, weil sie das Problem der Ausgabenpolitik nicht lösen.

Zusammenarbeit – Nachbarkommunen

Die Verwaltungen müssen schlanker werden.
Dazu müssen mehr öffentliche Leistungen und Aufgaben überprüft werden, ob sich diese im Verbund mit anderen Kommunen nicht rationeller, kostengünstiger oder gar besser realisieren lassen. Der Zweckverband Volkshochschule (VHS) ist dazu ein gutes Beispiel.

Kinder – unsere Zukunft

Kinder sind unsere Zukunft. An der Förderung von Kindergärten darf nicht gespart werden. Alle Anmeldungen für Kinderplätze müssen zeitnah erfüllt werden.
Die Elternbeiträge sollen gerecht und vertretbar sein.

Jugend – ab 16 Jahren mitmachen

Kein Jugendlicher sollte die Schule verlassen dürfen, wenn er nicht weiß, wie das Gemeinwesen in seiner Stadt funktioniert. Hier sind unsere Schulen besonders gefordert. So informiert, können die Jugendlichen selbstbewusst Bürgerbeteiligung wagen und praktizieren. Ab 16 Jahren können Jugendliche an den Kommunalwahlen teilnehmen und sind voll stimmberechtigtes Mitglied, wenn sie sich einer Wählergemeinschaft oder Partei anschließen. Sie können sich somit direkt und unmittelbar einbringen.

Senioren – Wissen u. Lebenserfahrung

Immer mehr Menschen bleiben erfreulicherweise länger leistungsfähig und leben immer länger. **Es gibt also keinen Grund, sich nicht nach dem Arbeitsleben in diese Gesellschaft durch Aktivitäten einzumischen.**

Höhere Wertschätzung der Senioren mit ihrem reichen Wissensschatz und ihren Lebenserfahrungen sind immer mehr und insbesondere im Zusammenspiel von jüngeren und älteren Mitbürgern gefragt.

Schulen – Renovierungen

Die Gesamtschule konnte nun nach langen und heftigen Widerständen ihre Arbeit aufnehmen. Der Aufbau erfolgt selbstverständlich nach dem neuesten Standard. Alle an-

deren Schulen müssen, wenn nicht schon geschehen, ebenfalls auf den zeitgemäßen Fortschritt gebracht werden.

Sicherheitsgefühl – mehr Präsenz

Zur Lebensqualität gehört unbedingt das Sicherheitsgefühl der Bürger/innen unserer Stadt. Hier sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich:

- Mehr Präsenz der Ordnungskräfte auch an Wochenenden und rund um die Uhr.
- Dazu sind zusätzliche Ordnungskräfte mit einer besseren Ausstattung und mehr Kompetenzen (nicht nur für den Parksünder) von der Polizei unterstützt erforderlich.

Integration

Alle Integrationsangebote und Bemühungen müssen weiter aktiv gestaltet und betrieben werden. Es ist unbedingt erforderlich zu erkennen, **dass diese vor allem von den Menschen selbst gewollt sein müssen.** Rat, Verwaltung, Eltern, Kirchen, Schulen und Vereine haben hier eine besondere Verantwortung und sollen dafür auch unsere Unterstützung erhalten.

Bebauung – Wohnungsbau stärken

Vor der Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, müssen Baulücken geschlossen und Randschließungen möglich gemacht werden. Wohnraum, insbesondere bezahlbarer, ist knapp in dieser Stadt. **Der soziale Wohnungsbau muss wieder gestärkt werden.**

Umwelt

Umwelt- und Wirtschaftsinteressen sind nur vordergründig ein Widerspruch. Diese Auffassung müsste längst in den Köpfen sein. Beides intelligent und sinnvoll in Einklang zu bringen, ist unsere gemeinsame Aufgabe für die Zukunftssicherung unserer Stadt. Die UWG will, dass die Umweltthemen konzentrierter behandelt werden. Sie fordert eine **jährliche Generaldebatte über alle Umweltthemen.** Dazu erwarten wir eine Vorlage der Verwaltung inklusive einer Zielsetzung für das Folgejahr. Wir sind **für die Nutzung der Windenergie, aber nicht zu Lasten einer Verunstaltung des Stadtbildes.** Wir setzen auf Konzentration und Kooperation mit den Nachbargemeinden. Eine **Müllumladestation** an der Herzebrocker Heinrich-Heineke-Straße im Westen der Stadt **lehnen wir ab,** weil sie dort nicht hingehört.

Verkehr – Auto/Fahrrad/Fußgänger

Zur Entlastung des Autoverkehrs in Wiedenbrück hat der Ausbau des **„Südrings“** nur dann Priorität, wenn die Mehrheit der Wiedenbrücker Bürger/innen es will.
Alternativen müssen vorgestellt, beraten und diskutiert werden. Voraussetzung ist auch der versprochene Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen.
Weitere Ziele:

- **konsequenter Sanierung mar- oder Radwege und Ausbau eines sicheren Radwegenetzes. Fahrradstellplätze, insbesondere an den Bushaltestellen.**
- **Umsetzung des Nahverkehrskonzeptes.**
- **längst überfällige Renovierung der Bahnunterführungen, hier: Herzebrocker- und Pixeler Straße.**
- **Bau eines Kreisverkehrs an der Schloss-, Oelder- und Hauptstraße.**
- **Fußgängerbedarfsampel an der Hauptstraße und Fußgänger-Querungshilfen an der Ringstraße.**
- **Tempo 120 km/h auf der Autobahn innerhalb der Stadtgrenzen.**
- **Beantragung von Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesbahnstrecke.**